Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 103 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 5. Mai 1930

Hoffnungen und Wirklichkeit.

Man kann das Wort „Du bist zu schön, um treu zu sein“ ein wenig variieren in „Es ist zu schön, um wahr zu sein“ — wenn man nämlich hört, was der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in seiner die Etatsberatung einleitenden Rede über die künftige Steuersenkung ausführte und versprach. Denn die finanzielle Gegenwart ist so unerfreulich, daß man eben nur auf die Zukunft hoffen kann. Im Dezember vorigen Jahres sind vom Vorgänger des jetzigen Reichsfinanzministers auch allerhand Versprechungen über Steuersenkung gemacht worden und sie mußten beerdigt werden, aber trotzdem — „am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf“, der arme geplagte Steuerzahler nämlich, auf dessen Schicksal man gleichfalls ein etwas abgeändertes Dichterwort anwenden kann: „Zahlen sollst du, sollst bezahlen!“

Vorläufig jedenfalls sind die Ausgaben für 1930 noch mehr als eine Milliarde höher, als man sie für 1929 ansetzte oder vielmehr glaubte ansetzen zu können; denn es war ja notwendig, im Nachtragsetat noch 900 Millionen nachzufordern, und trotzdem weist der Reichshaushalt für das vergangene Jahr immer noch einen Fehlbetrag von 360 Millionen auf. Das „Kreuz“ im Haushalt des Reiches ist aber nicht der ordentliche, sondern der außerordentliche Teil des Etats, in dem weit über eine Milliarde schwebender, also kurzfristiger, überaus teurer Schulden stecken. Der frühere Reichsbankpräsident hat ja nun aber das Reich oder vielmehr den Reichstag gezwungen, an die Bezahlung dieser Schulden heranzugehen; außerdem wird ein Teil dieser schwebenden Schuld durch die zweite Tranche der „Kreuger“-Anleihe in langfristige umgewandelt, so daß das Reich dann nicht mehr allein 500 Millionen an Zinsen für die kurzfristig geliehenen Gelder zu bezahlen braucht und alle paar Monate damit rechnen muß, diese Schuldsummen zurückzuerstatten.

*

Das Ziel der künftigen Steuer- und Finanzpolitik ist aber — wie das schon in den Reformvorschlägen des Dezembers 1929 entwickelt wurde — immer dasselbe: Entlastung des Kapitalertrages der Wirtschaft, um der Kapitalneubildung nicht viel zu große Teile zu entziehen. Nach dieser Richtung hin will das Reich zunächst einmal, und zwar sehr bald, einen Anfang machen mit der Vorlage eines Gesetzentwurfs, der die Kapitalverkehrssteuer beträchtlich herabsetzen soll. Allerdings ist das nur eine Maßnahme, wodurch die steuerliche Belastung der Kapitalsanlage erleichtert wird und die das Reich nicht allzuviel kostet; auch im „Hilferding-Programm“ des Vorjahres war ein derartiger Vorschlag enthalten.

Damals wie in den jetzigen Ausführungen Dr. Moldenhauers hat sich aber mit besonders zwingender Notwendigkeit ein anderes „Kreuz“ in den Vordergrund gedrängt: die Frage eines endgültigen Finanzausgleichs zwischen dem Reich auf der einen, den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite. Ein bißchen originell, aber nur zu billigen ist es übrigens, daß diesmal im Etat bei den Einnahmen und Ausgaben gleich jener Teil der Steuereinkünfte nicht eingesetzt ist, der gesetzlich an die Länder überwiesen werden muß, ein Betrag, der rund drei Milliarden hoch ist. Aber der ständig verlängerte „vorläufige Finanzausgleich“ muß unbedingt zu einem endgültigen gemacht werden besonders deswegen, weil das von Dr. Moldenhauer angekündigte Steuersenkungsprogramm die Finanzen der Länder und Gemeinden direkt und indirekt aufs stärkste berührt. Am interessantesten für den Steuerzahler ist hier jedenfalls der Satz — der übrigens auch für das Reich selbst Geltung haben soll —, daß für die Ausgaben eine Höchstgrenze festgesetzt werden soll, über die hinaus sie nicht steigen dürfen. Skeptisch murmelt aber auch hier wieder der geplagte Steuerzahler: „Das ist zu schön, um wahr zu sein,“ — und denkt dabei an die hemmungslose „Bewilligungsfreudigkeit“ der Volksvertretungen in Reich, Ländern und Gemeinden.

*

Und er nimmt, „bleich, aber gefaßt“, die Kunde entgegen, daß die Reichsbahn nun doch wohl ihre Tarife heraufsetzen darf. Daß dies jetzt, zu Beginn der Reisezeit, erfolgt, das macht diese Pille besonders bitter. Natürlich müssen auch die Gütertarife daran glauben, aber die Beschlüsse des Eisenbahnrates eröffnen doch die Möglichkeit, daß man auch einmal zu einer Herabsetzung der Tarife kommen kann: wenn nämlich die Konkurrenz der Reichsbahn, also die Kraftwagen im Überlandverkehr, „entsprechend“ besteuert werden und wenn sich das Reich dazu entschließt, von den Schultern der Reichsbahn die Last der Beförderungssteuer zu nehmen, deren Ertrag über 300 Millionen ist. Auch bei dieser Mehrbelastung spricht das „Muß“ ein zwingendes Wort. Aber auch hier wird es gerade darum zur doppelten Pflicht der Verwaltung, alles daranzusetzen, um zu einer Senkung der Ausgaben zu gelangen. Denn die Reichsbahn soll auch ein „nach kaufmännischen Grundsätzen geleiteter Betrieb“ sein und für einen solchen ist und bleibt die Hauptregel: Man muß sich nach der Decke strecken; man darf nicht mehr ausgeben wollen als man einnimmt.

Das Trümmerfeld der Reichsfinanzen

Moldenhauer über Finanzpolitik und Wirtschaft

Auf der Jubiläumstagung des Westfälisch-Lippeschen Wirtschaftsbundes in Bad Eilsen sprach als Hauptredner Reichsfinanzminister Moldenhauer über das Verhältnis der Finanzpolitik zur Wirtschaft. Ausgehend von der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft im allgemeinen führte der Minister u. a. aus, die Krise der Landwirtschaft sei mit verursacht durch eine Überproduktion in der Welt. Die zweite Ursache für die Wirtschaftskrise liege in dem Kapitalmangel. Die mangelnde Kapitalbildung habe ihre Ursache vornehmlich in dem außerordentlichen Steuerdruck, der nicht zum geringsten Teil auf Reparationslasten zurückzuführen sei. Aufgabe der Finanzpolitik müsse es sein, diesen Steuerdruck zu mildern. Sie müsse begleitet sein von einer verständigen Sozialpolitik. Ehe die Finanzpolitik zur Steuersenkung schreite, habe sie die große Aufgabe zu erfüllen, zunächst in ihrem eigenen Gebiet Ordnung zu schaffen.

Ich habe, so führte der Minister weiter aus, bei meinem Amtsantritt ein Trümmerfeld vorgefunden und habe geschworen, daß dies nicht mehr vorkommen darf. Wir können in außenpolitischer Beziehung nicht ohne eine gesunde Finanzwirtschaft arbeiten, aber auch nicht auf innenpolitischem Gebiet.

Erstes Erfordernis war daher, die schwebende Schuld soweit abzudecken, daß sie die Steuergebarung nicht mehr ernstlich bedroht. Möglich war dies nur durch eine sofortige starke Steuererhöhung, wobei die direkten Steuern nicht mehr herangezogen werden konnten, sondern nur die indirekten.

Für die Lastensenkung ständen zur Verfügung zunächst die Beträge, die jetzt im Haushalt zur Abdeckung der schwebenden Schuld und einmaliger Ausgaben stehen. Es sei anzunehmen, daß 600 Millionen Mark mindestens auf diese Steuersenkungen verwandt werden könnten. Dabei sei auf die große Gefahr verwiesen, die von seiten der Arbeitslosigkeit drohe. Diese Dinge müßten noch vor der Sommerpause erledigt werden. Ebenso wichtig sei die Durchführung eines großen Agrarprogramms und einer wirklichen Hilfe für den Osten. Die Steuersenkung soll sich nicht auf die Kapitalertragssteuer beschränken, sondern es sollen schon jetzt die Gesetze in Angriff genommen werden, die im kommenden Jahr die Steuersenkungen bringen. Hier stehe in erster Linie die Senkung der Realsteuern, also der Grundvermögenssteuer und der Gewerbesteuer, in Frage. Damit rolle sich aber auch die Frage der Finanzpolitik der Gemeinden auf. Auch auf sie müsse sich die Finanzreform erstrecken. Man komme nur dann ernstlich weiter, wenn in allen Teilen, Reich, Ländern und Gemeinden, der starke Wille zur Ausgabensenkung vorhanden sei. Ein Ausgabensenkungsgesetz soll hierzu die Voraussetzung liefern.

Es sei auch nicht notwendig, daß den Krankenkassen bei einer Einnahme von 2,3 Milliarden Mark ein Zuschuß von 30 Millionen zugebilligt werde. Ohne harte Einariffe werde es daher nicht abgehen.

Zum Flottenbauprogramm betonte der Minister, daß bei der Einstellung der Rate für das Panzerschiff B die Grundsätze der alten Regierung nicht umgeworfen worden seien. Man müsse über alle Sparmaßnahmen nicht vergessen, auch für die Verteidigung des Landes Sorge zu tragen.

Zum Schluß wies Finanzminister Moldenhauer auf das große Beispiel des Reichspräsidenten hin, über die Sorgen der Gegenwart nicht die großen Zukunftsfragen zu vergessen.

Es wurde sodann eine Entschließung des Vorstandes angenommen, in der es u. a. heißt: Die bürgerlichen Parteien sollten ungeachtet sonstiger verschiedener Auffassungen in rein politischen, kulturellen und weltanschaulichen Fragen mehr als bisher Wege suchen und beschreiten, die zu einer wirtschaftspolitischen Querverbindung führen mit dem Ziel einer planmäßigen Zusammenarbeit im Kampf für die Erhaltung der seit Jahren in steigendem Maße bedrohten Individualwirtschaft. Zweck der Gemeinschaftsarbeit dieser Parteien sollte auch sein, eine geschlossene Abwehr gegenüber der sozialistischen und kommunistischen Ideenwelt herbeizuführen.

Dieser Entschließung stimmten alle anwesenden Parteien, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Zentrumspartei und die Deutsche Demokratische Partei zu.

Das Ergebnis der Brüsseler Bankiertagung

Paris. Der Brüsseler Korrespondent des Temps berichtet: Die am Sonnabend abgeschlossene Tagung der Bankiers hat folgende Verteilung der 300 Millionen Dollar betragenden Youngplananleihe in Aussicht genommen: Frankreich und die Vereinigten Staaten übernehmen 80 Millionen Dollar. England habe den ihm angebotenen Anteil von 50 bis 60 Millionen Dollar abgelehnt und anfangs nur 30 Millionen Dollar, schließlich aber 40 Millionen Dollar zugestimmt. Die englischen Bankiers hätten schließlich jedoch noch besondere Garantien, vor allem eine Art Hypothek auf die Reichsbahn (!) gefordert. Die übrigen Länder sollen sich in folgendem Verhältnis an der Zeichnung der Anleihe beteiligen: Deutschland 5 bis 10 Millionen, Holland 30 Millionen, Schweden 25 Millionen, die Schweiz 15 Millionen, Italien und Belgien je 10 Millonen Dollar. Der Korrespondent bestätigt, daß die Anleihe zu 5½ v. H. einer Laufzeit von 35 Jahren auferlegt werden soll, daß aber die Amerikaner eine 6prozentige Verzinsung verlangt hätten.

Vor der Annahme der Bankiersbedingungen für die Tributanleihe

Paris, 4. Mai. Am Montag vormittag treten in Paris die Vertreter der Finanzministerien der Hauptgläubigerstaaten einschließlich der Vertreter des deutschen Finanzministeriums zusammen. Der Direktor der B. I. Z. wird auf dieser Sitzung die in Brüssel im Zusammenhang mit der Auslegung der Young-Anleihe von den Bankiers angenommenen Vorschläge zur Weiterleitung an die einzelnen Regierungen unterbreiten. Die Besprechung wird voraussichtlich einige Tage dauern, da die Finanzvertreter die Bedingungen der Bankiers nachprüfen müssen.

Für Einschränkung des Roggenbaues.

Maßnahmen zur Hebung des Roggenpreises.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat mit den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern das Roggenproblem erörtert. Hierbei ergab sich Übereinstimmung, daß zur Ergänzung der handelspolitischen und sonstigen Maßnahmen zur Hebung des Roggenpreises eine Einschränkung des Roggenbaues erforderlich ist, um die Roggenernte, soweit möglich, dem Roggenbedarf anzupassen. Es ist notwendig, daß die Roggenanbaufläche, soweit die mit Roggen bestellten Böden auch für andere Fruchtarten, insbesondere für Weizen oder Futterpflanzen, geeignet sind, zugunsten dieser Fruchtarten eingeschränkt wird. Hierbei werden sich westlich der Elbe größere Umstellungsmöglichkeiten als im Osten ergeben. Im Interesse dieser Umstellung sollen im Einvernehmen mit dem Reiche eine Reihe von einzelnen Maßnahmen durchgeführt werden, die eingehend besprochen worden sind.

D-Zug fährt in eine Arbeiterkolonne.

Drei Tote.

Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Hannover mitteilt, fuhr der D-Zug 141 (Hamm—Hannover—Berlin) beim Block 132 zwischen den Bahnhöfen Rheda und Gütersloh in eine am Gleise arbeitende Rotte. Drei Arbeiter wurden sofort getötet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Das „Herz Europas“.

Schober bei König Georg.

Bundeskanzler Dr. Schober ist in Begleitung des Londoner österreichischen Gesandten von König Georg in Audienz empfangen worden. Aus der Umgebung des Bundeskanzlers wird betont, daß der Kanzler mit seinem Londoner Besuch durchaus zufrieden ist und ihn als einen vollen Erfolg in jeder Hinsicht bewertet. Schober hatte vorher Besprechungen mit dem englischen Außenminister Henderson, die fast eine Stunde dauerten, und später auch mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Auch diese Besprechungen sollen sehr zufriedenstellend verlaufen sein.

Bei einem Presseempfang betonte der Bundeskanzler, daß die alte traditionelle Freundschaft zwischen Großbritannien und Österreich nunmehr glücklich wiederhergestellt sei. Die auswärtige Politik Österreichs müsse stets von dem Standpunkt aus betrachtet werden, daß die Aufgabe einer jeden österreichischen Regierung in der Hauptsache eine wirtschaftliche sei. Durch die Erfolge Österreichs auf der Haager Konferenz sei ganz Europa ein guter Dienst erwiesen worden. Denn Österreich liege an der Grenzscheide zwischen Osten und Westen und ihren Kulturen. Es sei ein wichtiges Bindeglied zwischen Norden und Süden und gewissermaßen das Herz Europas. Die österreichische Wirtschaftspolitik sei getragen von der Überzeugung der Schicksalsgemeinschaft aller Kulturvölker und der Notwendigkeit des innigen Zusammenwirkens einerseits mit allen Nachbarn, andererseits insbesondere auch mit den führenden Mächten

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF